

1490 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 31. März 1976
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem eine Bundeskraftfahrzeug-
steuer eingeführt und andere Maßnahmen auf abgabenrechtlichem
Gebiet getroffen werden (Abgabenänderungsgesetz 1976)

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll
neben der bisherigen Kraftfahrzeugsteuer eine Bundeskraftfahrzeug-
steuer als ausschließliche Bundesabgabe zum Zweck des Ausbaues
des öffentlichen Nahverkehrs erhoben werden, wobei auf dem Gebiet
dieser neuen Bundeskraftfahrzeugsteuer alle Bestimmungen des Kraft-
fahrzeugsteuergesetzes mit Ausnahme der Steuersätze gelten.
Weiters sieht der Gesetzesbeschluß eine Abänderung des Einkommen-
steuergesetzes vor. Ferner sieht der vorliegende Gesetzesbeschluß
des Nationalrates Abänderungen des Umsatzsteuergesetzes, des
Bewertungsrechts, der Bundesmineralölsteuer, des Tabaksteuer-
gesetzes, des Einführungsgesetzes zum Umsatzsteuergesetz 1972
und des Tauern-Autobahnfinanzierungsgesetzes vor.

Nach der Begleitnote des Bundeskanzleramtes unterliegen von
dem gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates die Be-
stimmungen des Art. VIII Z. 1 sowie die Bestimmungen des Art. VIII
Z. 4 und des Art. X, soweit sie sich auf Art. VIII Z. 1 beziehen,
im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, nicht dem Einspruchsrecht des
Bundesrates.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner
Sitzung vom 6. April 1976 in Verhandlung genommen.

Der Antrag des Berichterstatters, keinen Einspruch zu erheben,
fand gleich einem Antrag des Bundesrates F ü r s t , Einspruch
zu erheben, keine Mehrheit.

Da ein Beschluß des Ausschusses im Gegenstand nicht zustande
kam, sieht sich der Finanzausschuß im Sinne des § 24 Abs. I der
Geschäftsordnung veranlaßt, über seine Verhandlung diesen Bericht
zu erstatten.

Wien, 1976 04 06

Hermine K u b a n e k
Berichterstatter

S e i d l
Obmann